

EUROPÄISCHE RUND SCHAU

Vierteljahrszeitschrift
für Politik, Wirtschaft
und Zeitgeschichte

36. Jahrgang
Nummer 2/2008

CHEFREDAKTEUR

Paul Lendvai

HERAUSGEBERKOMITEE

Walter Rothensteiner, Vors.
Erich Hampel, Stv.
Erhard Busek
Heinz Fischer

Christoph Leitl
Paul Lendvai
Josef Taus
Herbert Tumpel

KURATORIUM

Klaus Liebscher, Vors.
Günter Geyer, Stv.
Hannes Androsch
Rudolf Gruber
Michael Häupl
Albert Hochleitner
Christian Konrad
Peter Mitterbauer
Alois Mock
Wolfgang Ruttenstorfer

Herbert Schimatschek
Guido Schmidt-Chiari
Wolfgang Schüssel
Karl Schwarzenberg
Veit Sörger
Karl Stoss
Hannes Swoboda
Andreas Treichl
Franz Vranitzky

ANZEIGEN UND VERWALTUNG

Herold Druck und Verlag AG
A-1030 Wien, Faradaygasse 6
Telefon 01/795 94-0
Telefax 01/795 94-170

HERAUSGEBER REDAKTION

Verein »Europäische Rundschau«
Beide A-1010 Wien, Ebendorferstraße 6/4
Telefon 01/408 34-00
Telefax 01/408 34 00-11
e-mail: europ.rundschau@eunet.at

MEDIENINHABER

Herold Druck und Verlag AG
A-1030 Wien, Faradaygasse 6

HERSTELLER

Herold Druck und Verlag AG, Wien
Verlags- und Herstellungsort Wien

Ab sofort sind wir auch online erreichbar unter www.europaelsche-rundschau.at

PREISE

Einzelnummer € 8,- (exkl. Porto)
Jahresabonnement € 25,- (exkl. Porto)
Abbestellungen sind nur zum Jahresschluss möglich, wenn sie
spätestens sechs Wochen vorher schriftlich bekanntgegeben
werden.

BANKVERBINDUNG

Postsparkassenkonto Nr. 1161.498

Auf chlorfreiem Papier gedruckt.

ISSN 0304-2782

Inhalt

Neue Hoffnung für Zypern	3	Werner Adam
Kosovos langer Weg in die Unabhängigkeit	7	Albert Rohan
Lehrstück einer gescheiterten Diplomatie	13	Michael Libal
Antall – Orbán – Gyurcsány: Persönlichkeit und Politik	17	József Debreczeni
Deutsche Außenpolitik: Lernprozesse und Rückschläge	25	Jochen Thies
Rußlands Rückkehr auf den Balkan	37	Klaus Schrammeyer
Der »Prager Frühling« aus Moskau: Sicht	57	Alfred Missong
Ukraine – Georgien – Kirgistan: Revolution	65	Gerhard Simon
zur Demokratie?		
Die USA und das von ihnen gebaute Weltsystem	73	Thomas Nowotny
Europäische Integration und Österreich	79	Franz Nauschnigg
Europa: Programmierter Machtverlust	87	Walter Schilling
Kultur in Zentraleuropa – Chancen und Voraussetzungen	93	Wolfgang Petritsch

KOMPASS

Über den Mehr-Wert des Reisens mit Reiseführern	99	Sylvia M. Patsch
KRITIK		
Der Ungeliebte	103	Trautl Brandstaller
1968 – ein Naziphänomen?	107	Raimund Löw
Der Gott von Plaszow	109	Barbara Coudenhove-Kalerg
1938: Studentenvertreibung aus Wien	113	Manfred Scheuch
Axel Springer – »Radikalinski der Mitte«	117	Ralf Altenhof
Der Kreml-Diktator	121	Hansjakob Stehle
»Leben für Israel« – wörtlich genommen	123	Maria S. Halpert
Die Popularisierungsfalle	125	Armin Thurnher
Handwerk ohne Romantik	127	Reinhard Engel

Europäische Integration und Österreich

Franz Nauschnigg

Nachstehend wird Österreichs Teilnahme an der Europäischen Integration über EFTA, EWR, EU und WWU-Mitgliedschaft sowie Kosten/Nutzen der EU-Mitgliedschaft dargestellt.

Die EU hat sich als stärkste, weitestgehende und effizienteste Integrationsform durchgesetzt und war erfolgreicher als die anderen Integrationsformen in Europa. Sie erweiterte sich von sechs auf nunmehr 27 Mitgliedsstaaten mit beinahe 500 Millionen Einwohnern und dominiert nunmehr die Europäische Integration.

1. Freihandelszone – EFTA 1960

Nachdem 1957 die EWG gegründet wurde, wurde von den sieben Staaten unter der Führung Großbritanniens 1960 die EFTA als Freihandelszone gegründet, an der Österreich als Gründungsmitglied teilnahm.

Österreich versuchte ab Anfang der sechziger Jahre eine bilaterale Annäherung an die EU, die allerdings von der Sowjetunion behindert wurde. Die Sowjetunion versuchte die Integration Westeuropas zu bremsen. Heinz Kienzl erzählte mir dazu von einem Gespräch Anfang der sechziger Jahre mit Bruno Kreisky. Er war damals volkswirtschaftlicher Referent des OGB und trat für einen EWG-Beitritt ein und fragte Kreisky, warum er nicht auch für den Beitritt einträte. Kreisky sagte damals, die Sowjetunion wird es uns nicht erlauben. Kienzl fragte, warum er, Kreisky, dies dann nicht auch in der Öffentlichkeit so sage. Darauf Kreisky, eher beiße er sich die Zunge ab, als zuzugeben, daß Österreich nicht vollkommen souverän sei.

Kreisky dachte in der EWG-Frage nicht nur in wirtschaftspolitischen, wie seine ÖVP-Partner in der Regierung, sondern auch in neutralitäts- und geopolitischen Dimensionen (Rathkolb, 2007).

Österreichs EWG-Beitrittsambitionen, der sogenannte Alleingang nach Brüssel, scheiterten dann 1967 endgültig an einem Veto Italiens wegen Terroranschlägen in Südtirol. Der italienische Außenminister Fanfani brachte es auf die simple Formel, Österreich könne nicht gleichzeitig Bomben und Holz exportieren (Steininger, 2000).

Brückenschlag EU-EFTA durch Freihandelsabkommen 1973

Im Jahre 1973 konnte durch Freihandelsabkommen der EU mit den einzelnen EFTA-Staaten die handelspolitische Teilung zwischen EU und EFTA überwunden werden.

Probleme, wie die für viele Firmen relativ aufwendigen Ursprungsregeln, blieben allerdings bestehen. Auch war die Landwirtschaft ausgenommen, was zu weniger Konkurrenz und gemeinsam mit einer starken agrarischen Interessenvertretung zu wesentlich höheren Nahrungsmittelpreisen in Österreich führte (Nauschnigg, 1993).

Europäischer Wirtschaftsraum (EWR) 1994

Durch den EWR konnte die Teilnahme der EFTA-Länder mit Ausnahme der Schweiz, deren Bevölkerung sich in einem Referendum 1992 gegen die EWR-Teilnahme aussprach, am EU-Binnenmarkt gesichert werden.

Österreich nutzte die Verhandlungen zum EWR, um sich auf die Teilnahme am Binnenmarkt vorzubereiten und liberalisierte unter anderem seinen Finanzsektor schrittweise. Es war damit eines der wenigen Länder, dem dies ohne Finanzkrise gelang (Nauschnigg, 2003).

2. EU-Beitritt Österreichs 1995

Österreich trat 1995 gemeinsam mit seinen EFTA-Partnern Schweden und Finnland der EU bei.

Nach dem EU-Beitritt war die Priorität Österreichs die Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) als Gründungsmitglied. Eine Teilnahme an der WWU wurde als wirtschaftlich (Einsparung von Transaktionskosten, Beseitigung von Wechselkurschwankungen) und politisch (gleichberechtigte Mitbestimmung statt Nachvollzug) vorteilhaft angesehen (Nauschnigg, 1992).

Österreichs Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) 1999

Österreich hatte bei der Erfüllung der Konvergenzkriterien für die Teilnahme an der WWU insbesondere im Fiskalbereich Handlungsbedarf, die anderen wurden relativ problemlos erfüllt.

Österreich befand sich daher 1995 in einer schwierigen wirtschaftspolitischen Lage. Durch den EU-Beitritt waren alle, aber insbesondere die geschützten Sektoren dem verstärkten Wettbewerb ausgesetzt. Dies zwang sie zu Strukturformen, wodurch kurzfristig Anpassungskosten bei Produktion und Beschäftigung entstanden. Die raschen Strukturanpassungen führten zu Kapazitätsanpassungen und Arbeitskräfteteabbau.

Erst mittel- und längerfristig überwogen die positiven Effekte dieser Struktur-anpassung. Makroökonomisch wurden daher Wachstum und Beschäftigung durch den EU-Beitritt zunächst negativ beeinflusst, und erst mittelfristig überwogen die positiven Effekte (WIFO, 1989, 1994). Es entstand also ein so genannter J-Kurven-Effekt (Nauschnigg, 2006). Die Arbeitslosigkeit stieg zunächst an.

Durch ein Sparpaket in der Größenordnung von 100 Mrd. Schilling (etwas über 7 Mrd. Euro) – über 3% des BIP – konnte das gesamtstaatliche Defizit auf 3,8% des BIP 1996 und 1,7% des BIP 1997 gesenkt werden. Österreich erfüllte damit die Konvergenzkriterien souverän. Das Sparpaket war eine Kombination von einem Drittel

im Jahre 2002 und maximal 0,43% des BNE im Jahre 1997. Von 2003 bis 2006 schwankten die Nettozahlungen Österreichs zwischen 0,11% und 0,16% des BNE (EU-Kommission, 2006).

Verlierer des EU-Beitritts

In einzelnen vor dem EU-Beitritt noch geschützten Branchen, wie der Landwirtschaft und der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, wo der Preisdruck unmittelbar nach dem EU-Beitritt wirksam wurde, über Bereiche, wo der Preisdruck erst allmählich einsetzte, wie Handel, Elektronikbereich, Reisebranche, Versicherungswirtschaft, Telekommunikation, ist es allerdings zu Preis- und teilweise auch Absatzrückgängen sowie zu Verlusten von Arbeitsplätzen gekommen.

Besonders stark war die Landwirtschaft betroffen, deren Preise durch die Übernahme der EU-Agrarpolitik zwischen 22% nach WIFO-Berechnungen und 24,5% nach Eurostat-Berechnungen fielen (WIFO, 2000). Die Effekte wurden allerdings für die Landwirtschaft durch Subventionen (degressive Ausgleichszahlungen) kompensiert.

Die Landwirtschaft und insbesondere die Nahrungs- und Genussmittelindustrie haben durch billigere Vorprodukte allerdings auch an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen. Das noch in den achtziger Jahren chronische Handelsbilanzdefizit Österreichs im Handel mit der EU (Nauschnigg, 1989) im Bereich Ernährung konnte wesentlich verringert werden.

Nutzen

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft Österreichs sind sehr schwer von anderen Entwicklungen, wie insbesondere Ostöffnung, EU-Erweiterung auf Osteuropa, Globalisierung und Wirtschaftspolitik, abzugrenzen.

Nach dem EU-Beitritt Österreichs zeigte sich, daß die erwarteten positiven wirtschaftlichen Auswirkungen im wesentlichen eingetreten sind.

Bis zum Jahr 1998 betrug die Wohlfahrtseffekte nach Berechnungen des WIFO (WIFO, 1999) 1,33% des österreichischen BIP. Dies schon unter Berücksichtigung der österreichischen Nettozahlerposition.

Auch der Wirtschaftsstandort Österreich hat durch den EU-Beitritt profitiert, was sich auch im starken Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen in Österreich nach 1995 zeigt.

Dieses stiegen nach den Daten der UNCTAD (UNCTAD, 1999) von durchschnittlich 0,9 Mrd. \$ im Durchschnitt der Jahre 1985 bis 1995 auf 4,4 Mrd. \$ 1996, 2,4 Mrd. \$ 1997, 5,9 Mrd. \$ 1998. Der Anstieg war damit wesentlich stärker als in der BRD – 3,3 Mrd. \$ im Durchschnitt der Jahre 1985 bis 1995, 5,6 Mrd. \$ 1996, 9,6 Mrd. \$ 1997, 19,9 Mrd. \$ 1998, oder in der gesamten EU – 67,6 Mrd. \$ im Durchschnitt der Jahre 1985 bis 1995, 108,9 Mrd. \$ 1996, 126,2 Mrd. \$ 1997, 230 Mrd. \$ 1998.

Gewinner des EU-Beitritts

Durch den EU-Beitritt haben insbesondere die Konsumenten durch billigere Produkte – Verbilligung der Nahrungsmittel durch die Teilnahme an der EU-Agrarpolitik, den Zollabbau gegenüber Drittländern – sowie vor allem durch die Intensivierung des Wettbewerbs durch die Teilnahme am EU-Binnenmarkt profitiert. Die niedrige

einnahmen- und zwei Drittel ausgabenseitigen und enthielt eine Reihe von innovativen Maßnahmen zur Stützung der privaten Nachfrage durch Senkung der Sparquote, z. B. Erhöhung der Zinsertragsbesteuerung von 22% auf 25% und die Senkung der Bausparförderung. Zusätzlich wurde außerbudgetär durch Infrastrukturinvestitionen die Inlandsnachfrage angekurbelt.

Damit gelang es von 1995 bis 1999, sowohl Wachstum als auch Budgetkonsolidierung miteinander zu vereinbaren.

Insgesamt war diese wirtschaftspolitische Strategie sehr erfolgreich. Österreich konnte die Integration in den EU-Binnenmarkt gut bewältigen. Das Budgetdefizit wurde strukturell um etwa 3 Prozentpunkte gesenkt und Wachstum und Beschäftigung stiegen nach den Problemen nach dem EU-Beitritt, auf Grund des schon erwähnten J-Kurven-Effektes, wieder rasch an.

Siehe die folgende Tabelle:

Wirtschaftsentwicklung Österreichs (Angaben in Prozent)

	BIP-Wachstum real	Budget- defizit	Staatsschulden- quote	Arbeitslosen- quote	Sparquote
1995	1,9	-5,4	67,9	3,9	10,9
1996	2,6	-3,8	67,6	4,3	8,6
1997	1,8	-1,7	63,8	4,4	7,3
1998	3,6	-2,3	64,2	4,5	8,2
1999	3,3	-2,2	66,5	3,9	8,8
2000	3,4	-1,5	67,0	3,6	8,4

Quellen: Eurostat, ÖSTAT

3. Kosten/Nutzen der EU für Österreich

In den sechziger Jahren wuchsen die EWG-Mitglieder real um etwa 1 Prozentpunkt rascher als die EFTA-Länder. Nach den Freihandelsabkommen konnten die EFTA-Länder zwischen 1973 und 1988 wieder aufholen (WIFO, 1990). Mit dem EU-Binnenmarktprogramm befürchteten die EFTA-Länder wieder negative wirtschaftliche Auswirkungen, so daß sie geschlossen eine Teilnahme am EU-Binnenmarkt über den EWR anstrebten.

Vor dem EU-Beitritt hatte das WIFO (WIFO, 1994) die zu erwartenden gesamtwirtschaftlichen Effekte eines EU-Beitritts berechnet und bis zum Jahr 2000 ein zusätzliches Wachstum des österreichischen Bruttoinlandsproduktes (BIP) von kumuliert 2,8% prognostiziert.

Kosten

Die wirtschaftlichen Kosten sind im wesentlichen die Nettozahlungen an die EU, d. h. die Beiträge an das EU-Budget liegen über den Rückflüssen. Österreich als relativ reiches Land unterstützt damit die ärmeren EU-Mitglieder in ihrem Aufholprozeß. Die Nettozahlungen Österreichs betragen nach den Berechnungen der EU-Kommission (EU-Kommission, 2003) zwischen 0,11% des Bruttonationaleinkommens (BNE)

ren Nahrungsmittelpreise sind unter sozialen Gesichtspunkten besonders positiv zu sehen, da ärmere Bevölkerungsschichten einen höheren Anteil ihrer Einkommen für Nahrungsmittel ausgeben müssen (Nauschmigg, 1989).

Nach den Berechnungen des WIFO (WIFO, 1999) betrug die Konsumentrente von 1995 bis 1998 1,53% des österreichischen BIP. Dieses erreichte im Jahre 1998 2610 Mrd. Schilling (etwa 190 Mrd. Euro). Die Konsumentrente von 1,53% des österreichischen BIP betrug daher rund 40 Mrd. Schilling (etwa 2,9 Mrd. Euro). Pro Kopf der österreichischen Bevölkerung waren dies etwa 5000 Schilling (etwas über 360 Euro) im Jahr, bei einem 4-Personen-Haushalt daher etwa 20.000 Schilling (etwas über 1400 Euro) im Jahr.

Die von EU-Gegnern so heftig kritisierte Prognose der EU-Staatssekretärin Brigitte Ederer vor dem Beitritt eines Wahlfahrtsgewinnes pro 4-Personen-Haushalt von 1000 Schilling (etwa 73 Euro) im Monat, der sogenannte »Ederer-Tausender«, wurde also schon 1998 übertraffen.

Neben den Konsumenten haben noch die Arbeitnehmer insgesamt durch höhere Beschäftigung und niedrigere Arbeitslosenrate, sowie generell auch die gesamte Wirtschaft, insbesondere die Außenwirtschaft, gewonnen.

Kosten/Nutzen

Die Verluste in einigen Branchen wurden durch die Gewinne in den anderen Sektoren der Volkswirtschaft überkompensiert, so daß die Gesamtwirtschaft Österreichs insgesamt gewonnen hat.

Das WIFO (WIFO, 2003) kommt bis 2001 auf ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von 2,9 Prozentpunkte des BIP, was in etwa den Erwartungen vor dem EU-Beitritt entspricht.

Bis 2005 kommt das WIFO (Breuss, 2006) auf ein zusätzliches Wachstum von rund 4,5 Prozentpunkte des BIP, wobei rund ein Fünftel dieses Zuwachses der WWU-Teilnahme Österreichs zuzurechnen ist. Raiffeisen Research kommt in einer Studie (Raiffeisen Research, 2004) zum Ergebnis, daß die Teilnahme Österreichs an der WWU zu Einsparungen an Zinsaufwendungen zwischen 0,3% und 1,7% des BIP geführt hat. Auch die Oesterreichische Nationalbank (Mooslechner, 2005) kommt zu dem Schluß, daß der makroökonomische Befund seit dem EU-Beitritt weitgehend günstig ausfällt.

Schon das vom WIFO errechnete zusätzliche Wirtschaftswachstum machte den EU-Beitritt für die österreichische Volkswirtschaft zum Gewinn. Sogar das Budget profitiert, da die zusätzlichen Einnahmen durch das BIP die Nettozahlungen bei weitem überkompensieren.

Da es jedoch äußerst schwierig ist, die positiven EU-Effekte zu berechnen, sollen zwei Länder mit unterschiedlichen Integrationsstrategien verglichen werden: Österreich und die Schweiz.

4. Vergleich Österreich – Schweiz

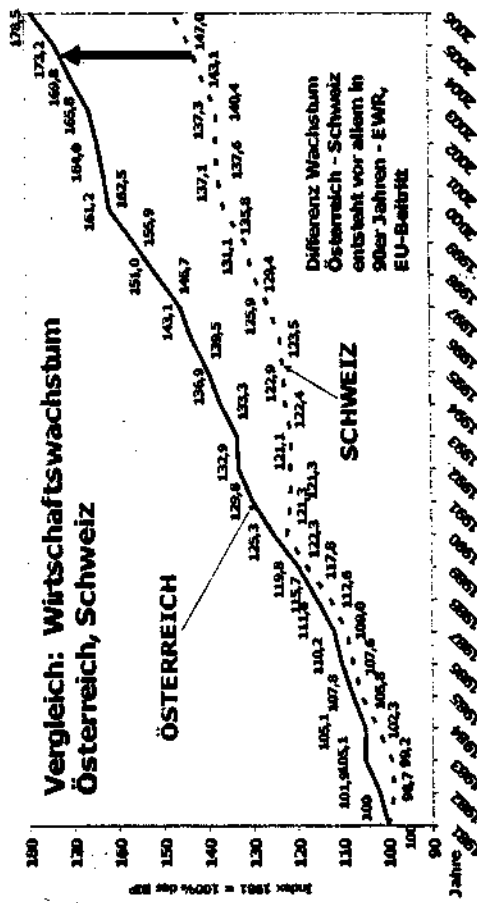
Wir sind in der glücklichen Lage für einen Vergleich ein Großexperiment, nämlich mit Österreich und der Schweiz zwei ähnliche Nachbarländer mit unterschiedlichen Integrationsstrategien, zu besitzen. Beide sind relativ reiche, kleine, offene Volkswirtschaften, die 1960 zu den Gründungsmitgliedern der EFTA zählten. Erst

Anfang der neunziger Jahre trennten sich ihre Wege, während Österreich zuerst dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und 1995 der EU beitrug, stockte der Schweizer Integrationsprozeß mit dem negativen Referendum zum EWR 1992.

Ich erinnere mich noch gut an die Diskussionen mit den Schweizer KollegInnen, mit denen ich damals den EWR verhandelte. Auch sie waren fast alle enttäuscht über den Ausgang des Referendums und sahen auch die Schwierigkeit, die der Ausschluß vom EU-Binnenmarkt für ihre Wirtschaft bringen würde. Sie hofften aber, diese negativen Auswirkungen durch bilaterale Abkommen zu mildern. Weiters dadurch, daß ihre Unternehmen relativ kapitalreich waren und sie es sich daher leisten konnten, sich im Binnenmarkt niederzulassen oder EU-Unternehmen zu kaufen.

Während in den achtziger Jahren – als EFTA-Mitglieder – Österreich und die Schweiz noch eine ähnliche Wachstumsperformance aufwiesen, änderte sich dies in den neunziger Jahren. Österreich wuchs als EWR-Teilnehmer und EU-Mitglied von 1990 bis 2006 um insgesamt 28 Prozentpunkte des BIP rascher als die Schweiz.

Ein Überblick kam der nachstehenden Abbildung entnommen werden.



Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen (für diese bin ich Dr. Herbert Nakvasil zu Dank verpflichtet)

Gesamtwirtschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnung

Die wahren Integrationseffekte für Österreich dürften dabei irgendwo zwischen der WIFO-Berechnung und der Wachstumsdifferenz zur Schweiz, also zwischen 4,5% und 28% liegen.

Jeder einzelne der acht Millionen Einwohner Österreichs hat im Jahr 2006 nach den WIFO-Berechnungen durch den EU-Beitritt durchschnittlich rund 1000 Euro gewonnen und im Vergleich zu einem Einwohner der Schweiz, wenn man die Wachstumsdifferenz von 1990 bis 2006 nimmt, durchschnittlich rund 6500 Euro.

Die konkrete Verteilung wird allerdings nicht diesen Durchschnittswerten entsprechen, sondern einige werden mehr, andere weniger gewonnen haben.

Die österreichische Volkswirtschaft hat gegenüber der Schweiz durch die Wachstumsdifferenz insgesamt etwa 64 Mrd. Euro gewonnen.

Nicht die gesamte Wachstumsdifferenz sollte auf die Teilnahme Österreichs am EU-Binnenmarkt zurückgeführt werden, da Österreich immer noch ärmer als die Schweiz ist und daher aufholen sollte. In den neunziger Jahren betrieb Österreich auch eine aktive Wachstumspolitik durch Investitionsförderung und insgesamt eine aktive Makropolitik. Zusätzlich hat Österreich auch stärker von der Ostöffnung profitiert.

Die Teilnahme Österreichs am EU-Binnenmarkt und der WWU dürfte aber doch wesentlich zum höheren Wachstum beigetragen haben.

Die Schweizer Schadensbegrenzung durch bilaterale Abkommen war offensichtlich nicht sehr wirkungsvoll, um die Diskriminierung ihrer Volkswirtschaft und Firmen durch den schlechteren Zugang zum EU-Binnenmarkt zu vermeiden. Obwohl daher die Wirtschaft der Schweiz insgesamt verliert, gibt es spiegelbildlich zur Situation in Österreich auch Gewinner, nämlich die Landwirtschaft mit dem noch höheren Preisniveau sowie einzelne geschätzte Branchen.

Dieser Vergleich zeigt, daß wirtschaftliche Integration zur Erhöhung des Wohlstandes beiträgt und Österreich mit seinem EU-Beitritt wirtschaftlich insgesamt gut gefahren ist. Die wirtschaftlichen Vorteile überwiegen die Nettozahlungen bei weitem.

Zusammenfassung

Die EU hat sich als die erfolgreichste, stärkste, weitestgehende und effizienteste Integrationsform in Europa durchgesetzt und dominiert die Europäische Integration. Sie ist, wie die vielen Beitrittswünsche zeigen, für viele Staaten äußerst attraktiv.

In der EU werden die Erfolge der EU aber sehr oft als selbstverständlich genommen. Wenn man die europäische Geschichte betrachtet, ist es aber nicht selbstverständlich, daß seit über 50 Jahren durch die EU der Friede gesichert wird. Es ist dies sicher der größte Erfolg der EU.

Darüber hinaus hat die EU wesentlichen Anteil, daß der Wohlstand gesichert und vermehrt wurde. Dies zeigt auch die bessere Wirtschaftsentwicklung Österreichs im Vergleich mit der Schweiz.

Mit den letzten Erweiterungen auf nunmehr 27 Mitgliedstaaten wurde auch die Teilung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg überwunden.

Dr. Franz Nauschnigg ist Abteilungsleiter in der Oesterreichischen Nationalbank, Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen. Die im Beitrag vertretenen Positionen stellen die persönliche Meinung des Autors dar.

Anmerkungen

Das Defizit 1997 ist durch diskretionäre Maßnahmen (z. B. Vorziehen von Einnahmen aus dem Jahr 1998, Verschieben von Ausgaben auf das Jahr 1998) niedriger, während dadurch das Defizit 1998 höher ausfällt. Ohne diese diskretionären Maßnahmen wäre das Defizit in beiden Jahren bei etwas über 2% gelegen.

Das Zinsdifferential zu Deutschland konnte damit bereits im März 1996 auf 0,11% gedrückt werden. Es stieg erst wieder 2000 substantiell an, auf 0,3% im Jahresdurchschnitt, als Wolfgang Schäussel durch eine Koalition mit der FPÖ Bundeskanzler wurde und die anderen EU-Länder daraufhin Sanktionen verhängten.

Literaturverzeichnis

- Breuss, F., 2006. Ostöffnung, EU-Mitgliedschaft, Euro-Teilnahme und EU-Erweiterung – Wirtschaftliche Auswirkungen auf Österreich, WIFO Working Papers 270/2006
- EU-Kommission, 2003. Aufteilung der operativen EU-Ausgaben nach Mitgliedstaaten
- EU-Kommission, 2007. Der EU-Haushalt 2006 – Finanzbericht – Anhang 5 – Operative Haushaltskalden
- Mooslechner, P., 2005. Österreich 10 Jahre in der EU: Elemente einer ökonomischen Gesamtschätzung. In: Geldpolitik und Wirtschaft 2005; OeNB
- Nauschnigg, F., 1989. Agrarhandels Österreich-EU. In: Bauernopfer? Die Auswirkungen eines EU-Beitritts auf die österreichische Landwirtschaft
- Nauschnigg, F., 1992. Die EG auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion – Auswirkungen auf Österreich. In: Wirtschaft und Gesellschaft, 18. Jahrgang (1992), Heft 3
- Nauschnigg, F., 1993. Perspektiven künftiger Agrarpolitik. Soziale, ökonomische und ökologische Auswirkungen eines EG-Beitritts auf die Landwirtschaft. In: Europa aktuell Oktober 1993
- Nauschnigg, F., 2003. Kapitalverkehrsliberalisierung. In: Globalisierung und Kapitalverkehr, Wirtschaftspolitische Blätter 4/2003
- Nauschnigg, F., 2006. Macroeconomic policymaking – lessons from Austro-Keynesianism. In: Delivering the Lisbon goals – The role of macroeconomic policy. European Trade Union Institute (ETUI-REHS)
- Rathkolb, O., 2007. Österreich und Europa – ein ambivalentes Verhältnis, auch für die Sozialdemokratie. OeNB Workshops Proceedings No. 11
- Raiffeisen Research, 2004. Österreich 10 Jahre in der EU, Raiffeisen Research Dezember 2004
- Steininger, R., 2000. Von sechs auf zwölf: Von der Gründung der EWG zu den ersten Erweiterungen. In: Vom Schuman-Plan zum Vertrag von Amsterdam – Entstehung und Zukunft der EU.
- UNCTAD, 1999. World Investment Report 1999, Country fact sheet Austria
- WIFO, 1989. Die Vollendung des EG-Binnenmarktes, Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen auf Österreich
- WIFO, 1990. Integration in Europa und gesamtwirtschaftliche Entwicklung. EG- und EFTA-Staaten im Vergleich. Gutachten
- WIFO, 1994. Österreich in der Europäischen Union, Sonderheft Monatsberichte 1994
- WIFO, 2000. Austrian Economic Quarterly, 4/2000
- WIFO, 1999. Monatsberichte 8/1999, Breuss Fritz, S. 551 ff.
- WIFO, (2003). Working Paper, 200/2003. Breuss, F. Österreich, Finnland und Schweden in der EU – Wirtschaftliche Auswirkungen